

Vorlage Nr. V+G/VGB 88/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung am 19.11.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 2

Einsatz eines neuen Videokonferenzsystems (Zoom X) - Aufhebung von 2 Beschlüssen des V&G

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 4. März 2021 die Geschäftsordnung entsprechend geändert, sodass Sitzungen der Ausschüsse, soweit es technisch möglich ist, als Videokonferenz durchgeführt werden können, wenn aufgrund einer außerordentlichen Notlage, insbesondere einer epidemischen oder pandemischen Lage, einer Naturkatastrophe oder eines besonders schweren Unglücksfalls die Durchführung einer Präsenzsitzung erheblich erschwert, verhindert oder unzumutbar wird.

In der Praxis hatte sich wiederholt gezeigt, dass das damals beim Magistrat der Stadt Bremerhaven verwendete System (hier: Jitsi) dauerhaft nicht leistungsfähig genug ist, damit eine gesicherte Kommunikation von Videokonferenzen gewährleistet ist. Daraufhin wurde von den Fraktionen SPD, CDU und FDP sowie GRÜNE PP (Beitritt) der AT 15/2021 - *Videokonferenzen mit leistungsstarkem Kommunikationssystem ausrüsten: Kommunikation muss bei zukünftigen Pandemie- und anderen Katastrophenfällen technisch einwandfrei gesichert sein* - in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 15. Juli 2021 dem Antrag 15/2021 einstimmig zugestimmt und folgenden Beschluss gefasst:
„Der Magistrat wird gebeten, ein leistungsfähiges Videokonferenzsystem einzusetzen. Ein Finanzierungsvorschlag ist zur Beschlussfassung innerhalb von 2 Monaten vorzulegen. Das System soll bis zum 17. September 2021 einsatzfähig ein.“

Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung hat in seinen Sitzungen am 7. September 2021 (siehe Anlage 1) und am 22. November 2022 (siehe Anlage 2) beschlossen, dass zur Herstellung der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen das Videokonferenzsystem GoTo-Meeting verwendet werden solle. Für die öffentlichen Ausschusssitzungen, welche als Videokonferenz eingeladen werden, sollen Interessierte und Medien einen Einwahllink nach Anmeldung erhalten.

Für die Bereitstellung von entsprechenden GoTo-Meeting Business Lizenzen entstehen aktuell Kosten in Höhe von 4.410,81 Euro pro Jahr.

Am 6. Mai 2024 wurde mit Zoom X ein Kommunikationstool beim Magistrat der Stadt Bremerhaven eingeführt, welches im Wesentlichen die bisher beim Magistrat der Stadt Bremerhaven zum Einsatz gekommene Videokonferenzlösungen (u. a. Jitsi) abgelöst hat. In Zoom X sind ein Streaming-fähiges Videokonferenzmodul, ein Messenger sowie die Möglichkeit einer barrierefreien Meetingteilnahme (übersetzte Untertitel) vereint. Aufgrund der Herausforderungen beim Datenschutz konnte Zoom bisher als Tool im Business und in Behörden nicht be-

denkenlos genutzt werden. Zoom X vereint die bekannt intuitiven Funktionalitäten des Originals von Zoom mit europäischem Datenschutz. Alle personalisierten Daten sollen in Deutschland bleiben und werden auf deutschen Servern gehostet. Vertragspartner für Zoom X ist die Deutsche Telekom.

Ich schlage daher vor, dass der V&G-Ausschuss die am 7. September 2021 zu TOP 4.2 und am 22. November 2022 zu TOP 4.1 getroffenen Beschlüsse aufhebt.

Der Vorstand der Stadtverordnetenversammlung hat sich in seiner Sitzung am 23. Februar 2024 mit der Thematik befasst und stimmt dem Vorgehen zu.

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung nimmt zur Kenntnis, dass beim Magistrat der Stadt Bremerhaven das Streamingfähige Videokonferenzmodul Zoom X verwendet wird.

Der Ausschuss begrüßt den Wechsel von Jitsi zu Zoom X und spricht sich dafür aus, dass ab sofort auch für Videokonferenzen nach § 46 a GStVV das beim Magistrat der Stadt Bremerhaven eingesetzte Videokonferenzmodul Anwendung findet.

Der Ausschuss hebt seinen Beschluss vom 7. September 2021 zu TOP 4.1 (Vorlage V+G/VGB 43/2021) und seinen Beschluss vom 22. November 2022 zu TOP 4.2 (Vorlage V+G/VGB 44/2022) auf.

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Anlagen:

Anlage 1: - Beschluss V&G 7. September 2021 zu TOP 4.2 - Vorlage V+G/VGB 43/2021

Anlage 1: - Beschluss V&G 22. November 2022 zu TOP 4.1 - Vorlage V+G/VGB 44/2024